

Die Schweiz - ein Wirtschaftsstandort im Umbruch

Prof. Dr. Bruno Gehrig
Vizepräsident des Direktoriums
Schweizerische Nationalbank

Referat am Anlass zum 200jährigen Jubiläum der Handelskammer und
Arbeitgebervereinigung Winterthur
Winterthur, 22. Juni 2001

Ich freue mich und danke dafür, dass ich an diesem auf originelle und eindrückliche Art organisierten Jubiläumsanlass zu Ihnen sprechen darf. Die jubelnde Handelskammer und Arbeitgebervereinigung Winterthur verdient die heutige Referenz in hohem Masse. Sie hat – lange Zeit als kaufmännische Gesellschaft – in ihrem 200jährigen Wirken Winterthurer und Schweizer Wirtschaftsgeschichte erlebt und mitgestaltet in Phasen rasanter industrieller Entwicklung, aber auch in Perioden bitterer Rückschläge. Damit hat sie den in diesem Wirtschaftsraum lebenden und berufstätigen Menschen gedient. Dafür gebührt den zahlreichen Generationen von Funktionären und Mitgliedern Dank und Anerkennung.

Thematisch möchte ich in den kommenden 20 Minuten in der Nähe der Zielsetzungen der Handelskammer verweilen und einige Überlegungen anstellen zu den Perspektiven des Wirtschaftsstandorts Schweiz. Ich beginne mit einem kurzen Blick zurück auf die 90er Jahre – zugegebenermassen nur die letzten 5 Prozent des heute bedachten Wirkens der Kammer. Aber immerhin: Die letzte Dekade war ebenso turbulent wie lehrreich, und es ist bei all dem effekterheischenden Gerede von völlig Neuem, noch nie Dagewesenem weiterhin so, dass Gegenwärtiges und Künftiges aus eben Vergangenen entsteht. Ich möchte dann unter den modischen Stichwörtern der Globalisierung und der New Economy über Trends nachdenken, die auch, ja gerade Wirtschaftende am Standort Schweiz herausfordern, um schliesslich einige Konklusionen zu ziehen.

Die 90er Jahre – Stagnation und Reform

Die 90er Jahre waren für die Schweiz und die Wirtschaftsregion Winterthur eine schwierige Zeit, in der Erreichtes zerbrach und seit jeher Gültiges in Frage gestellt war. Ein Land, das sich in der Nachkriegszeit an den Zustand der Vollbeschäftigung gewöhnt hatte, sah sich unverhofft konfrontiert mit dem wirtschaftlich und gesellschaftlich folgenschweren Problem der Arbeitslosigkeit, die Anfang 1997 mit 5.7% ihres Höchstwert erreichte. Dieser Fehlentwicklung und zahllosen anderen Belastungen lag eine hartnäckig-frustrierende Wachstumsschwäche zugrunde. So betrug das durchschnittliche Wachstum in den 90er Jahren nicht mehr als 3/4 Prozent. Dies ist nicht nur wesentlich weniger als die in den beiden Jahrzehnten zuvor erreichten 2 Prozent, sondern reiht die Schweiz auch ganz am Ende der Wachstumsrangliste der Industrieländer ein, nämlich auf den drittletzten Platz vor Ungarn und Tschechien. Überdies war die Schweiz das einzige Industrieland, dessen reales Pro Kopf Einkommen in diesem Zeitraum gar sank. Bei diesem ernüchternden Befund muss der Frage nach den Ursachen breites Interesse zukommen. Eine simple Antwort gibt es nicht. Am plausibelsten scheint die These, dass

eine Kombination konjunktureller und struktureller Faktoren, die sich gegenseitig verstärkt haben, diese Entwicklung bewirkten. Zu nennen sind:

- die Erblasten aus der konjunkturellen Überhitzung der späten 80er Jahre, besonders gravierend im Bau- und Immobiliensektor;
- begründet durch diese Ausgangslage die restriktive auf Inflationsbekämpfung ausgerichtete Geldpolitik zu Beginn der Periode, später die Massnahmen zur Sanierung der öffentlichen Finanzen und parallel dazu eine markante Aufwertung des SFR;
- das signifikant kompetitiver gewordene wettbewerbliche Umfeld, das die Strukturschwächen im einstmals geschützten Inlandsektor unserer Wirtschaft schonungslos entblösste;
- und wohl auch der mentale Umstand, dass es etwelcher Zeit und einigen Leidensdrucks bedurfte, bis die Lage weitherum richtig eingeschätzt und Restrukturierungsanstrengungen eingeleitet wurden.

Indessen zeigt die vor drei Jahren zustande gekommene Tendenzwende, dass in der Phase der Lethargie und vieler Enttäuschungen gehandelt worden ist. Unter dem Leidensdruck der Stagnation begann ein schmerzhafter Anpassungsprozess in zahllosen Unternehmen, aber auch auf wirtschaftspolitischer Ebene.

Der Schweizer Kapitalstock wurde in vielen Branchen grundlegend modernisiert und den Anforderungen der Zeit angepasst. Die international ausgerichtete Industrie hat ihre Wettbewerbsfähigkeit, auch unter dem Druck des phasenweise teureren Frankens eindrücklich gesteigert, und der in Industrieländern wie der Schweiz unausweichliche Strukturwandel hin zu einem verstärkten Dienstleistungssektor ist weiter vorangekommen.

Auch die Wirtschaftspolitik leitete notwendige Veränderungen ein. Die noch vor 8 Jahren bedenklich schiefe öffentliche Haushaltslage wurde ins Lot gebracht, und diverse ordnungspolitische Rahmenbedingungen wurden verbessert. Zu nennen sind zuerst einmal die Liberalisierungen im Bereich der Infrastrukturdienstleistungen – allen voran der Telekommunikation – und der Landwirtschaft. Weiter gab es Neuerungen in Form des neuen Binnenmarktgesetzes und des verschärften Wettbewerbsrechts, die wichtige Schritte in Richtung eines effizienteren Binnenmarktes darstellen. Zu diesen Massnahmen auf Bundesebene gesellten sich kantonale Flexibilisierungsmassnahmen, beispielsweise Deregulierungen im Gastgewerbe und bei den Ladenöffnungszeiten.

Die Schweiz und die Welt im Wandel

Einiges ist sichtbar erreicht, Vieles in Gang gesetzt worden. Wir haben wieder zu wachsen gelernt, gut 2% im Durchschnitt der letzten drei Jahre, gar 3.4% im vergangenen Jahr, und erfreulicherweise herrscht wieder Vollbeschäftigung. Wie weit wir diesen Fortschritt nur dem zyklischen Schwung der Konjunktur verdanken und wie weit er sich als Resultat struktureller Anstrengungen eingestellt hat, ist eine schwierige Frage. Bei aller selbstkritischen Zurückhaltung spricht Vieles für die Vermutung, dass strukturelle Verbesserungen einen bedeutenden Beitrag geleistet haben. In krassem Unterschied zu den späten 80er Jahren war die Nachfragebelebung nicht überbordend. Das Wachstum ist zu einem bedeutenden Teil produktivitätsgetragen, die Inflationsperspektiven sind günstig. Allein, nach den noch präsenten Erfahrungen der 90er Jahre mit ihren immensen volkswirtschaftlichen Kosten einer sich selbst genügenden Wirtschafts- und Unternehmenspolitik muss klar sein, dass kürzer treten ein kurzsichtiges, auf die Dauer verhängnisvolles Rezept wäre. Der Wandel geht weiter: Sich seinen Herausforderungen dezidiert zu stellen ist nicht Kür, sondern Pflicht für ein offenes Land, das seine Errungenschaften des Wohlstands, der Vollbeschäftigung und des sozialen Ausgleichs erhalten und stärken will.

Zwei Schlagworte bezeichnen vage und suggestiv absehbare und noch nicht absehbare Herausforderungen: Globalisierung und new economy.

Globalisierung

Globalisierung ist gewiss ein schillernder, emotional dicht besetzter Begriff. Oft missbraucht zur ergebene Verneinung vor der unerbittlichen Durchschlagskraft des Marktes, von Vielen gefürchtet als Etikette für einen Prozess, in dem unsere westeuropäische Zivilisation zu einer Gesellschaft von Hyänen verroht.

Globalisierung ist nichts gänzlich Neues, aber dieser Prozess reicht weit über die bloße Fortsetzung der Handelsliberalisierung hinaus. Globalisierung ist nicht das Ergebnis eines politischen Programms, auch wenn es zutrifft, dass damit politische Entscheidungszwänge geschaffen werden. Vielmehr ist Globalisierung das Resultat des technischen Fortschritts, vorab in den Funktionen der Information, der Kommunikation und des Transports. Diese Entwicklungen haben insbesondere drei in ihrer Tragweite neuartige Auswirkungen:

- Erstens entstehen für eine wachsende Zahl von Produkten sowie für Fremd- und Eigenkapital grössere, im Extremfall globale Märkte. Das bedeutet mehr Konkurrenz,

zumal das Feld der Wettbewerber viel heterogener geworden ist. Zunehmend schwinden die Chancen, sich auf dieser Welt zu verstecken.

- Zweitens erlauben die neuen Technologien eine rigorose Optimierung und Steuerung der Produktion bei hoher Kostentransparenz, was insbesondere zu vertikaler Spezialisierung an unterschiedlichen Standorten führt. Der standortgebundene Exporteur wird ergänzt und abgelöst durch das transnationale Unternehmen.
- Drittens ermöglicht der Fortschritt in der Kommunikation wie noch nie in der Geschichte Produktivitätsfortschritte im Dienstleistungsbereich. Daraus resultiert ein beachtliches Effizienzpotenzial. Dienstleistungen, die früher nur im physischen Kundenkontakt zu erbringen waren, lassen sich heute nahezu distanzunabhängig erbringen.

Sicher führt nichts an drei Einsichten vorbei. Erstens, dass Globalisierung ein irreversibler Prozess ist, solange wir die Prämisse des friedlichen Miteinanders der Völker nicht aufheben. Zweitens, dass die Globalisierung der Welt als ganzes ein Wohlstandspotential erschliesst, das ansonsten unerreichbar bliebe. Die Globalisierung eröffnet zahllosen Menschen eine noch nie dagewesene Chance auf Wohlstand, Sicherheit und Entfaltung. Drittens aber steht dieser Chance das Risiko gegenüber, dass im rechtlich wenig, gar nicht oder falsch geregelten Raum des grenzüberschreitenden Konkurrenzkampfes fundamentale Qualitäten menschlichen Miteinanders Schaden nehmen. Globalisierung erfordert daher einen normativen Konsens, der in wirksamer Zusammenarbeit zwischen Staaten und beteiligten Akteuren zu erreichen und durchzusetzen ist.

New Economy

In den letzten Jahren trat ein zweites Schlagwort in einen Wettstreit mit der Globalisierung: die new economy. Kaum weniger unscharf und deswegen reich besetzt mit Emotionen muss es auch bei der new economy darum gehen, Fakten von Legenden zu trennen. Das ist zugegebenermassen leichter gesagt als überzeugend getan.

Immerhin ist als Faktum festzustellen, dass es in den 90er Jahren zu verstärkten Unterschieden im von konjunkturellen Schwankungen unabhängigen Trendwachstum der Industriestaaten gekommen ist. Als prominenter Leader in diesem Prozess gelten die USA, wo sich die Auguren verständlicherweise streiten, ob die Trendwachstumsrate sich auf vier oder nur drei Prozent erhöht hat. Solche Unsicherheiten und der Umstand, dass die USA derzeit mit einem deutlichen konjunkturellen Rückschlag zu kämpfen haben, dürfen nicht zur bequemen Konklusion verleiten, das hinter dem Etikett der new economy

Vermutete als belanglose Phantasie abzutun. Schon kleine Differenzen im Trendwachstum führen über die Zeit zu erheblichen Wohlstandsunterschieden. Eine vorausschauende Wirtschafts- und Unternehmenspolitik kann es sich nicht leisten, dieses Wohlstandspotential zu ignorieren, auch wenn dabei Vieles vage und wenig greifbar erscheint.

Es gibt in der Tat in den USA und anderswo Hinweise darauf, dass das Wachstumsmuster in der neueren Vergangenheit Akzentverschiebungen erfahren hat. Im Spiegel mittlerweile zahlreicher Untersuchungen kristallisieren sich vier Merkmale dieses Wachstumsmusters heraus:

Erstens der massive Einsatz neuen Kapitals, welches in auffälliger Konzentration für Investitionen im Informations- und Kommunikationsbereich eingesetzt wird.

Zweitens ein augenfälliger Anstieg von Arbeitsproduktivität und Beschäftigung. Man registriert das krasse Gegenteil von dem, was Viele befürchtet haben: Der intensivere Kapitaleinsatz führt nicht zu einem Rückgang, sondern zu einer Erhöhung der Arbeitsnachfrage.

Drittens belegen die neueren Wachstumserfahrungen in weiten Bereichen gestiegene Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskräfte sowohl in Bezug auf die Erstausbildung als auch hinsichtlich der Weiterbildung.

Und viertens zeigt sich eine deutliche Zunahme der sogenannten Gesamtfaktorproduktivität, d.h. jenes Leistungsbeitrags, der nicht auf die Produktivität einzelner Faktoren, sondern auf die Wirksamkeit ihrer Kombination zurückgeführt werden muss.

Diese Kennzeichnung verdeutlicht, dass im erneuerten Wachstumsmuster Informations- und Kommunikationstechnologien zwar zentral, aber für den Erfolg nicht allein massgeblich sind. Ebenso wichtig sind die Entwicklung der menschlichen Fähigkeiten zu ihrem nachhaltig sinnvollen Einsatz und die Schaffung der optimalen betrieblichen und organisatorischen Strukturen. Was Not tut, ist mit anderen Worten die Fähigkeit zur ganzheitlich ausgewogenen Umsetzung technischen Fortschritts in die Realität von Unternehmen und Märkten.

Konklusionen

Globalisierung und new economy – auch wenn man diese Begriffe nicht zum vollen Schlagzeilenwert nimmt, bezeichnen sie ein Bündel von Anforderungen, denen unsere

Wirtschaft genügen muss, damit sie ihre Position erfolgreich behaupten kann. Was das im Einzelnen bedeutet, ist primär und massgeblich in den zahllosen Unternehmen zu ergründen und in die Tat umzusetzen. Allgemein dürften zwei unternehmerische Qualitäten besonders gefordert sein. Einerseits die Fähigkeit zum geschickten, kontrollierten Umgang mit Risiken. Nicht alles, was neu und attraktiv scheint, wird sich als nachhaltig herausstellen und in Vielem können nur Wenige den kommerziellen Erfolg erreichen. Andererseits wird in einer Zeit des beschleunigten Wandels die Bewegungs- und Reaktionsbereitschaft zunehmend wichtig. Da verschiebt sich der Akzent von Denken in mehrjährigen Detailplänen hin zu einer Geisteshaltung, in der der Sinn für zeitgerecht realisierbare Alternativen und Bewegungsspielräume ins Zentrum des Führungsprozesses rückt.

Auf der Ebene der Politik ist und bleibt die Sicherung einer vorzüglichen Standortqualität prioritär. In Bezug auf seine Standortqualitäten schneidet unser Land in periodisch unternommenen Vergleichen regelmässig sehr gut bis gut ab. Kein Wunder für ein Land, in dem relativ zu seiner Grösse mehr internationale Firmen ihre Sitze unterhalten als anderswo. Allein, die Sicherung relativer Attraktivitätsvorteile ist eine Daueraufgabe, in der Erreichtes laufend gefährdet bleibt. Wer wie die Schweiz beim Wohlstand Spitze ist und bleiben will, kann sich bei den Standortfaktoren kein Abrutschen ins Mittelmass leisten. Drei Handlungsfelder stehen dabei im Vordergrund: fortgesetzte Effizienzsteigerung der Binnenwirtschaft, der Bereich Arbeitsmarkt und Ausbildung sowie die Sicherung stabiler monetärer Rahmenbedingungen. Erlauben Sie mir dazu abschliessend einige Ausführungen:

Effizienzsteigerung der Binnenwirtschaft

Die in der Stagnation der 90er Jahre eingeleiteten Anstrengungen zur Revitalisierung und Stärkung vorab des inlandorientierten Bereichs unserer Volkswirtschaft müssen entschlossen fortgesetzt werden. Unser Wachstumspotential dürfte sich in den letzten Jahren zwar erhöht haben, aber es liegt mit Sicherheit unter dem Vergleichswert für die Länder der EU. Das mag verschiedene Gründe haben. Einer liegt zweifellos darin, dass die Revitalisierung unserer jahrzehntelang vom Wettbewerb abgeschirmten Binnenwirtschaft zwar begonnen, aber die gesetzten Ziele noch längst nicht erreicht hat. Das ist indessen nicht überraschend, denn die mit diesem Prozess verbundenen Umstrukturierungen erfordern bei aller Ernsthaftigkeit des Bemühens Zeit. In einem gewissen Sinne rächt sich, dass hierzulande das Wettbewerbsverständnis in der Nachkriegszeit sehr ambivalent war. Eine reichhaltige Ausprägung erfuhr bei uns die

Wirtschaftsfreiheit als Recht auf die freie privatwirtschaftliche Erwerbstätigkeit, die gar die Option des kollektiven Wettbewerbsverzichts einschloss. Eine – etwa im Vergleich zu angelsächsischen Ländern – weitaus unbedeutendere Rolle kam traditionell dem Wettbewerb als Garant tiefstmöglicher Preise zu Gunsten der Nachfrager zu: der Pflicht zum Wettbewerb als Korrelat zum Recht auf freie gewerbliche Betätigung. Diese Besonderheit unserer wirtschaftlichen Kulturgeschichte mag erklären, weshalb wir so lange mit wohlstandsmindernden Wettbewerbsdefiziten gelebt, sie nicht aus eigener Überzeugung beseitigt haben und jetzt unter dem Druck des internationalen Standortwettbewerbs – und begründet durch diesen – an vielen Fronten schnell aktiv werden müssen.

Arbeitsmarkt und Ausbildung

Ich komme damit zum Bereich Arbeitsmarkt und Ausbildung, dem für die langfristigen Erfolgchancen unserer Wirtschaft absehbar wichtigsten Teil der staatlich geprägten Rahmenbedingungen. Wichtig nicht nur, weil es dabei um – technokratisch gesagt – die Versorgung der Wirtschaft mit den entscheidenden Produktionsfaktoren geht, sondern vielmehr weil die Gestaltung dieser beiden Bereiche wesentlich zu tun hat mit den Chancen von Menschen auf berufliche Erfüllung und persönliche Verwirklichung.

Gewiss sind die Startbedingungen in unserem Land erfreulich gut. Die Grundstruktur unseres Bildungs- und Ausbildungswesens hat sich – auch und gerade im internationalen Vergleich – in hohem Masse bewährt. Und mit der Gründung von Fachhochschulen, wesentlichen Modernisierungen an den Universitäten, der Revision des Berufsbildungsgesetzes und mehrerer Erneuerungsschritte im Mittel- und Volksschulbereich ist ein kraftvoller Reformprozess in Gang gekommen. Unser Arbeitsmarkt ist anerkanntermassen ein hervorragendes Element institutioneller Stärke, das es zu erhalten und gegen unbedachte, kurzfristige Forderungen zu verteidigen gilt. Dank der geschickten Balance zwischen den Zielen der sozialen Absicherung und der unerlässlichen Flexibilität hat unser Arbeitsmarkt in den vergangenen Jahren seine Bewährungsprobe gut bestanden. Er hat wesentlich dazu beigetragen, dass unsere Arbeitslosigkeit bei sehr hoher Beschäftigungsquote rasch auf ein international bemerkenswert tiefes Niveau abgebaut werden konnte, zum Wohle der Erwerbstätigen und der Arbeitgeber.

Indessen darf die Salve solcher auch von internationalen Organisationen abgegebener Komplimente nicht ablenken von bedeutungsvollen künftigen Herausforderungen und Handlungszwängen. Angesichts der technologisch und strukturell vorgegebenen Trends

ist absehbar, dass das Angebot an ausgeprägt wissens- und lernintensiven Arbeitsplätzen markant zunehmen wird und dass es für die Erwerbstätigen immer mehr auf die Fähigkeit ankommen wird, sich im Unternehmen oder am Arbeitsmarkt beruflich neu zu orientieren. Diejenigen, denen die Massnahmen zur Bildungsreform zu weit gehen, sind daran zu erinnern, dass in diesem Bereich weltweit tiefgreifende Umbau- und Ausbauprojekte die Regel und keineswegs die Ausnahme sind. Nicht erst im Zuge der konjunkturellen Erholung haben wir Schwächen im technischen und naturwissenschaftlichen Bereich, weniger was die Qualität als vielmehr die Zahl der Ausgebildeten anbetrifft. In der längeren Perspektive, wenn die erwerbstätige Bevölkerung zu schrumpfen beginnt, werden sich solche Qualifikationsmängel mit einiger Schärfe ungünstig auswirken. Schliesslich belegen auch Hinweise auf den konsequent-paritätischen Einbezug der Frauen in die Arbeitswelt und die Ausgestaltung einer zweckmässigen Immigrationspolitik, dass der Bereich des Arbeitsmarkts und der Ausbildung auch aus wirtschaftlicher Optik eine vorrangige Priorität bleiben muss.

Monetäre Rahmenbedingungen

Ich komme – drittens – zur Rolle der Geldpolitik. Sie vermag zugegebenermassen keine Strukturprobleme zu lösen und sie kann keinen direkten Beitrag leisten, wenn es darum geht, das Innovationspotential neuer Technologien oder veränderter weltwirtschaftlicher Trends wohlstandswirksam zu nutzen. Die Rolle der Geldpolitik bezieht sich vielmehr auf den monetären Rahmen, in dem die realen Anpassungsprozesse stattfinden: Er soll möglichst stabil, vorhersehbar und daher kalkulierbar sein.

Den positivsten Beitrag zur gedeihlichen Entwicklung des realen Sektors leistet die Geldpolitik, wenn sie dauerhaft tiefe Inflationsraten, d.h. einen hohen Grad an Kaufkraftsstabilität anstrebt und erreicht. Gelingt dies nicht, so werden Investitionsentscheidungen durch variable und deswegen höchst unsichere Inflationserwartungen verzerrt. Das erhöht die Wahrscheinlichkeit von kostspieligen Fehlentscheidungen und lähmt damit den unternehmerischen Anpassungsprozess. Diese Aussage ist nicht nur intuitiv einsichtig. Sie ergibt sich vielmehr eindeutig aus weltweit gesammelten Erfahrungen: Der reale Wachstumstrend einer Volkswirtschaft wird schwächer, wenn ein stabiles monetäres Regime durch ein Szenario hoher und variabler Inflationsraten abgelöst wird.

Wir glauben daher, dass wir unter dem Titel "Schweizer Wirtschaft im Umbruch" den nützlichsten Beitrag leisten, wenn wir es schaffen, auf die Dauer und glaubwürdig vorhersehbar tiefe Teuerungsraten zu erreichen. Das heisst nicht, dass wir uns um nichts anderes als die Teuerung kümmern wollen. Es ist zweifellos auch unsere Aufgabe, bei der Handhabung unseres Instrumentariums zur Glättung allfälliger konjunktureller Nachfrageschwankungen beizutragen. Aber dieser Versuch muss dort seine Grenze finden, wo der naturgemäss auf kürzere Wirkungszeiträume ausgerichtete konjunkturpolitische Mitteleinsatz die längerfristige Zielsetzung der Preisstabilität gefährden würde. Wenn es etwas gibt, was die Zentralbanken aus bitteren Erfahrungen gelernt haben, dann ist es dies: Eine Politik, die sich zu kurzfristigen Manövern zu Lasten der Preisstabilität hinreissen lässt, führt auf die Dauer zu unkontrollierten, grossen Schäden im realen Sektor.

Überdies lohnt sich die konsequente Ausrichtung auf Preisstabilität, weil sie zu tiefen Zinssätzen führt. Auch wenn man den Inflationsunterschieden zwischen den Währungen Rechnung trägt, sind die Zinsen in der Schweiz deutlich niedriger als anderswo. Das macht hierzulande den Einsatz von Kapital relativ billig. Diesen Vorteil sollte man im Blick auf die unvermeidlichen Anpassungszwänge im Industrie- und Dienstleistungsbereich nicht unterschätzen. Tiefe und verhältnismässig wenig schwankende Zinssätze sind – wie die Kaufkraftstabilität – eine wichtige Komponente stabiler monetärer Rahmenbedingungen. Unsere dergestalt auf die innere Stabilität ausgerichtete Politik nimmt in Kauf, dass der Wechselkurs des Frankens sich am Markt frei bewegt. Dass wir den Wechselkurs nicht aktiv steuern, heisst nicht, dass wir gegenüber Kursbewegungen indifferent wären. Im Gegenteil: Der Wert des Frankens ist ein wichtiger Bestandteil unserer geldpolitischen Lagebeurteilung. Er fliesst als bedeutende Komponente der monetären Bedingungen ein in die laufenden Zinsentscheide. Trotzdem ist klar, dass Akteure am Standort Schweiz mit einem gewissen Wechselkursrisiko leben müssen. Es ist das Gegenstück zum Vorteil tiefer Zinsen und zur Chance, mit einer unabhängigen Geldpolitik zum wirtschaftlichen Erfolg in unserem Lande beizutragen.

Schluss

Ich komme damit zum Schluss. Die schweizerische Wirtschaft ist für die mannigfaltigen Herausforderungen gut gerüstet. Diese Feststellung ist wichtig. Aber doch weniger wichtig als die Einsicht, dass es des hartnäckigen, kreativen und konstruktiven Engagements von Unternehmern, Mitarbeitenden und staatlichen Behörden bedarf, um die erreichte Position auch in Zukunft zu halten und weiter zu stärken.

Ich wünsche der Handelskammer Winterthur auch für die kommenden 200 Jahre Energie, Engagement und gutes Gelingen.